

# Baurundblick

## Thema des Monats

### Corona-Krise und das Vergaberecht

(brb).- Die Corona-Krise sollte nicht genutzt werden, um das Vergaberecht auszuhebeln“. Mit diesen Worten kommentierte Thomas Echterhoff, Präsident des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen, die Anregung des Niedersächsischen Städtetages, die Geltungsdauer der Anfang April 2020 in Kraft getretenen Änderung der Niedersächsischen Wertgrenzenverordnung um mindestens drei Jahre zu verlängern.

Diese Sonderregeln sehen vor, dass Aufträge über Bauleistungen, deren Vergabeverfahren vor dem 20. September 2020 begonnen haben, bis zu einem Auftragswert von 3 Mio. Euro im Wege der Beschränkten Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb vergeben werden können. Freihändige Vergaben sind in diesem Zeitraum bis zu einem Auftragswert von 1 Mio. Euro ohne weitere Begründung möglich.



Quelle: HenningScheffen

„Die Bauwirtschaft hat diesen Sonderregeln Ende März 2020 zugestimmt, da zu diesem Zeitpunkt davon ausgegangen werden musste, dass es auch in Deutschland zu einem katastrophalen Verlauf der Corona-Pandemie kommen

Fortsetzung auf Seite 2

### Baukonjunkturpaket stärkt Verkehrs- investitionen

(brb).- Die Regionale Fachabteilung Eisenbahnoberbau Nord im Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen bewertet das Baukonjunkturpaket positiv: „Infrastrukturmaßnahmen dürfen nicht aufgeschoben werden. Dies gilt besonders für den Ausbau des Schienennetzes“, sagte der Vorsitzende der Regionalen Fachabteilung Dirk Kretzschmar.

„Die erlassenen Regelungen über die Erstattung von coronabedingten Mehrkosten erstrecken sich auch auf Bauvorhaben im Bereich der Eisenbahninfrastruktur. Unsere Unternehmen können nunmehr ihre unmittelbar baustellenbezogenen Mehrkosten für Hygienemaßnahmen auf Baustellen im Schienenbau geltend machen“, lobte der Vorsitzende. „Unseren Mitgliedern ist es nur mit großer Anstrengung gelungen, die Leistungsfähigkeit während der Corona-Krise zu erhalten und die Baustellen weiter zu betreiben“, ergänzte

Jörn P. Makko, Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes.



Quelle: Schweerbau GmbH & Co. KG Bauunternehmen

Die Unternehmen haben die letzten Jahre ihre Kapazitäten beständig aufgebaut

Fortsetzung auf Seite 4

#### 1 Thema des Monats

##### Corona-Krise und das Vergaberecht

Baukonjunkturpaket stärkt Verkehrs-  
investitionen

#### 2 Nachrichten und Kommentar

##### Corona-Krise und das Vergaberecht

Sichere Arbeitsplätze – Gibt's beim Bau

Konjunkturelle Auswirkungen des Corona  
Virus auf die deutsche Bauwirtschaft

#### 3 Forum Nord

Land bleibt verlässlicher Partner für  
Auftragnehmer

#### 4 Trends und Märkte

Land bleibt verlässlicher Partner für  
Auftragnehmer

Bauindustrie begrüßt Übernahme  
Corona-bedingter Mehrkosten bei  
Bundesbauvorhaben

Erzeugerpreise im Mai 2020: Orderrück-  
gänge im Straßenbau drücken auf  
Bitumenpreise

Baukonjunkturpaket stärkt Verkehrs-  
investitionen

[Impressum](#)



## Nachrichten und Kommentar

Fortsetzung von Seite 2 **Corona-Krise und das Vergaberecht**

würde“, so Echterhoff. Gleichzeitig habe man aber darauf gedrungen, dass nur eine einmalige Verlängerungsmöglichkeit über einen Zeitraum von weiteren sechs Monaten in die Verordnung aufgenommen wurde. Hintergrund war, dass mit derart hohen Auftragswerten das aus guten Gründen im Vergaberecht verankerte Regel-Ausnahmeverhältnis zwischen den Vergabearten auf den Kopf gestellt und mit der extrem hohen Wertgrenze für Freihändige Vergaben für weit über 90 Prozent der öffentlichen Bau-

aufträge in weiten Teilen außer Kraft gesetzt werde.

Daher sei es der falsche Weg, jetzt die Corona-Krise zu nutzen, um unter dem Deckmantel der Entbürokratisierung wichtige Grundsätze des Vergaberechts auszuhebeln, so Echterhoff. „Das Vergaberecht ist nicht erfunden worden, um die öffentlichen Auftraggeber zu drangsalieren oder ihnen das Leben unnötig schwer zu machen. Es dient der sparsamen und wirtschaftlichen Verwendung von Haus-

haltungsmitteln, dem transparenten und diskriminierungsfreien Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge sowie der Korruptionsprävention.“

Die Bauindustrie fordert daher, sich an der Regelung des Bundes zu orientieren, die die befristete Zulässigkeit von Beschränkten Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb bis zu einem Auftragswert von 1 Mio. Euro sowie Freihändige Vergaben bis zu einem geschätzten Auftragswert von 100.000 Euro vorsieht.

## Sichere Arbeitsplätze – Gibt's beim Bau

(brb).- Im Gegensatz zu vielen anderen Branchen gibt es auch für Berufseinsteiger gute Nachrichten: Von März bis Mai wurden bei SOKA-BAU gut zwei Prozent mehr neue Ausbildungsverträge erfasst als im Vorjahr. Und 86 Prozent der Betriebe wollen auch in diesem Jahr ausbilden. Damit bieten sich Alternativen für Schulabgänger, deren favorisierte Ausbildungswege sich coronabedingt (vorerst) nicht erfüllen lassen. Auch für solche, die ihr Studium nicht mehr selbst finanzieren

**können, weil es zum Beispiel nicht mehr genug Jobmöglichkeiten gibt oder die Eltern als Unterstützer ausfallen.**

Aus Sicht der Betriebe sind diese Auszubildenden keine zweite Wahl. Vielmehr bieten sie die Chance, eine Zielgruppe zu begeistern, die die Baubranche bisher – oft, aus welchen Gründen auch immer – nicht im Fokus hatte. Diesen jungen Menschen müssen nun Karrierechancen angeboten werden, die in der allgemeinen

Wahrnehmung immer noch zu kurz kommen. Denn viel zu oft ist unbekannt, dass berufliche und akademische Bildung gleichwertig sind, sich Meister und Bachelor auf einem Qualifikationsniveau befinden.

Vor diesem Hintergrund geht es jetzt darum, sich nicht nur als kurzfristiges wirtschaftliches Auffangnetz zu präsentieren, sondern die Zukunftsfähigkeit der Bauberufe in den Fokus zu stellen.

## Konjunkturelle Auswirkungen des Corona Virus auf die deutsche Bauwirtschaft

(brb).- Die Corona-Pandemie hat verschiedene Teile der deutschen Wirtschaft stark getroffen, die Auswirkungen auf die Baukonjunktur sind bislang allerdings noch vergleichsweise gering. Bei einem Großteil der Firmen laufen die Arbeiten noch (oder wieder) weitgehend im Normalbetrieb – Baustellen wurden bislang nur vereinzelt stillgelegt. Rechnungen für geleistete Arbeiten werden (überwiegend) nach wie vor bezahlt.

Die Deutsche Bauindustrie geht davon aus, dass die größte Gefahr für die deutsche Baukonjunktur im laufenden Jahr darin besteht, dass die Produktion durch Probleme bei den Baustoff- und Baumate-

rialzulieferern, durch partiellen Ausfall der ausländischen Beschäftigten oder durch vermehrte organisatorische Maßnahmen gebremst und verzögert wird. Diese Anzeichen werden aktuell durch die Unternehmen bestätigt. Für die mittel- und langfristige Entwicklung haben aber die Risiken aufgrund eines (aktuell zu beobachtenden) Nachfragerückgangs und steigender Stornierungen deutlich zugenommen.

Die Deutsche Bauindustrie geht derzeit davon aus, dass der baugewerbliche Umsatz im Bauhauptgewerbe 2020 auf dem Vorjahresniveau stagnieren wird, preisbereinigt ist mit einem Rückgang von

3 Prozent zu rechnen. Ein Wachstum – wie noch im Dezember 2019 erwartet – dürfte außer Reichweite liegen.

Die Deutsche Bauindustrie erwartet für das laufende Jahr eine nominale Stagnation der baugewerblichen Umsätze im Bauhauptgewerbe, was real einem Rückgang in der Größenordnung von 3 Prozent entspricht (Wohnungsbau: + 2,5 Prozent, real: -0,5 Prozent, Wirtschaftsbau: -3 Prozent, real: -6 Prozent, Öffentlicher Bau: 0 Prozent, real: -3 Prozent). Ein stärkerer Rückgang wird (aus Sicht der Deutschen Bauindustrie) aber durch das Konjunkturpaket der Bundesregierung verhindert.



## Forum Nord

### Land bleibt verlässlicher Partner für Auftragnehmer

**(brb)- Im Gespräch mit Finanzminister Reinhold Hilbers**

**Baurundblick:** In der Politik besteht weitgehende Einigkeit, dass den Kommunen in Niedersachsen mit einem Programm geholfen werden soll, die in Folge der Corona-Pandemie eingebrochenen Steuereinnahmen zumindest zum Teil auszugleichen. Eine positive Wirkung werden diese Hilfen vor allem dann bewirken können, wenn sie zu investiven Zwecken genutzt werden. Wie muss Ihrer Ansicht nach ein Hilfsprogramm aussehen, dass diese Voraussetzungen erfüllt?

**Finanzminister Hilbers:** Die Haushalte der Kommunen müssen gestützt werden, um gerade jetzt volkswirtschaftlich notwendige Investitionen tätigen zu können. Dafür hat sich die Landesregierung mit Nachdruck eingesetzt. Über 3,4 Milliarden Euro können die Städte, Gemeinden und Kreise nun aus Bundes- und Landesmitteln erwarten.

Den Anfang macht das Konjunkturpaket des Bundes. Allein davon profitieren die Kommunen durch Bundes- und Landesanteile voraussichtlich in Höhe von netto 2,3 Milliarden Euro, insbesondere für die Bereiche ÖPNV und Krankenhäuser.

Zusätzlich spannt das Land einen eigenen kommunalen Rettungsschirm auf. Im Entwurf für den 2. Nachtragshaushalt sind dafür 1,1 Milliarden Euro vorgesehen. Sie sollen noch in 2020 fließen, um die Kommunalhaushalte 2020 und 2021 stabil zu halten. Darauf haben sich Finanzminister Reinhold Hilbers und Innenminister Boris Pistorius mit den Kommunalen Spitzenverbänden verständigt. Aus dem Programm fließen gut 400 Millionen Euro zusammen mit einem Bundesanteil von weiteren 400 Millionen Euro (insgesamt also 800 Millionen Euro) in den Ausgleich der Gewerbesteuerverluste. Weitere knapp 600 Millionen Euro dienen der Absicherung des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) und damit der allgemeinen Finanzausstattung der niedersächsischen Kommunen auch in 2021. Einen Anteil von 350 Millionen Euro werden die Kommunen in den nächsten Jahren über den

Kommunalen Finanzausgleich zurückführen. Schließlich erhalten die niedersächsischen Kommunen einen Zuschuss zu krisenbedingten Mehraufwendungen in Höhe von weiteren 100 Millionen Euro, unter anderem für Digitalisierungsaufwendungen im Schulbereich.

Niedersachsen entspricht dem Wunsch der Kommunen, die Einnahmeausfälle zu kompensieren, um im Ergebnis Mittel für investive Maßnahmen zu haben. Zudem gibt es zahlreiche Förderprogramme von Bund und Land, die investiven Charakter haben. Es fließen allein in den öffentlichen Nahverkehr Finanzhilfen von 190 Millionen Euro. Dies alles fördert stark die kommunale Investitionstätigkeit.



Quelle: MF/Henning Stauch

**Baurundblick:** Das Niedersächsische Landeskabinett hat vor kurzem ein 10-Punkte-Programm beschlossen, mit dem die Strukturreform des Staatlichen Baumanagements umgesetzt werden soll. Ein wichtiger Punkt ist die Bewältigung des Fachkräftemangels, um den Bestand an fachlich kompetenten Mitarbeitern zu halten und nach Möglichkeit zu erweitern. Welche Maßnahmen zur zeitgemäßen Personalgewinnung sollen konkret ergriffen werden?

**Finanzminister Hilbers:** Aus meiner Sicht ist die erfolgversprechendste Maßnahme die Werbung mit der vorhandenen Attraktivität als Arbeitgeber. Die Beschäftigten im SBN verfügen über einen

krisenfesten Arbeitsplatz mit familienfreundlichen Arbeitszeitmodellen und flexiblen Einsatzmöglichkeiten. Die Auswahl an anspruchsvollen und vielfältigen Bauprojekten dürfte in Niedersachsen einzigartig sein. Darüber hinaus verfügt das SBN über ein umfangreiches internes und externes Aus- und Fortbildungsangebot. Das alles spricht für eine Beschäftigung in der staatlichen Bauverwaltung, ist aber häufig den potentiellen Bewerberinnen und Bewerbern gar nicht bekannt. Unser Ziel ist es, diese Fakten stärker in die Öffentlichkeit zu bringen und mehr Werbung in eigener Sache zu machen. Wünschenswert wäre natürlich, wenn die Wertschätzung, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht nur in den staatlichen, sondern natürlich auch in den kommunalen Bauverwaltungen verdient haben, auch in der öffentlichen Wahrnehmung stärker vorhanden wäre.

**Baurundblick:** Sie haben kürzlich dem Kabinett eine Organisationsanalyse zum staatlichen Baumanagement vorgelegt und planen eine organisatorische Straffung, die zur Zweistufigkeit führen soll.

Sind Sie sicher, wenn Doppelprüfungen vermieden werden und die Digitalisierung stärker Einzug hält, dass dies auch zu einer Verkürzung der Bearbeitungszeit führt?

**Finanzminister Hilbers:** Ja, davon bin ich überzeugt. Ich halte es aber auch für wichtig, dass eine gute Bearbeitungsqualität erhalten bleibt. Deswegen werden wir diese Idee zunächst an Pilotprojekten testen. Erst dann wird entschieden.

**Baurundblick:** Im Sommer sollen im Rahmen eines zweiten Nachtragshaushaltes weitere Milliardenhilfen beschlossen werden.

Wie wollen Sie sicherstellen, dass ausreichend „Luft“ für dringend notwendige Investitionen in den nächsten Jahren bleibt?

**Finanzminister Hilbers:** Gerade der vorgelegte 2. Nachtragshaushalt belegt, dass

Fortsetzung auf Seite 4



## Trends und Märkte

Fortsetzung von Seite 3 **Land bleibt verlässlicher Partner für Auftragnehmer**

diese Landesregierung mit Investitionen die konjunkturelle Entwicklung stützen wird. Zwei Beispiele: 220 Millionen Euro sind für die energetische Sanierung von Gebäuden eingeplant. Für energetische Sanierungsmaßnahmen an drei Hochschulen erhält das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur 120 Millionen Euro.

Aktuell und auch in den kommenden Jahren laufen unsere Bauprojekte weiter. So zügig wie möglich werden wir unsere Aufträge vergeben. Die Auswirkungen der krisenbedingten privaten und unternehmerischen Auftragsrückgänge im Handwerk und der Bauwirtschaft können wir so abfedern. Wir sind uns unserer konjunkturpolitischen Verantwortung

bewusst. Wir bleiben ein verlässlicher Partner für unsere Auftragnehmer. Niedersachsen plant in den nächsten Jahren ein immenses Bauvolumen umzusetzen.

## Bauindustrie begrüßt Übernahme Corona-bedingter Mehrkosten bei Bundesbauvorhaben

(brb).- Die Deutsche Bauindustrie begrüßt die Bereitschaft der Bundesregierung, Teile der Corona-bedingten Mehrkosten am Bau zu übernehmen. Das Bundesbauministerium und das Bundesverkehrsministerium haben in gleichlautenden Erlassen die Rahmenbedingungen für die Übernahme der durch die Pandemie bedingten Hygiene- und Gesundheitsschutzmaßnahmen veröffentlicht, die unmittelbaren Baustellenbezug haben. Diese beziehen sich auf bestehende Bauverträge, laufen-

de Ausschreibungen sowie auf künftige Verträge und gelten für den Bundeshochbau, den Bundesfernstraßenbau, sowie den Bundeswasserstraßenbau.

Der Verband erwartet darüber hinaus eine entsprechende Anwendung durch die Deutsche Bahn im Bereich Schienenbau.

Bauunternehmen können auf Basis der neuen Erlasse gegen Nachweis ihre Mehrkosten z.B. für zusätzliche Wasch-, Dusch-

und Wohncontainer, Hygienemittel und Schutzanzüge sowie für zusätzliche Fahrzeuge für den täglichen Personentransport geltend machen. Der Verband sieht in dieser Kostenregelung einen notwendigen Ausgleich dafür, dass die meisten Baustellen während der Corona-Pandemie unter Erfüllung der strengen behördlichen Hygienevorgaben weiterbetrieben wurden.

## Erzeugerpreise im Mai 2020: Orderrückgänge im Straßenbau drücken auf Bitumenpreise

(brb).- Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, lagen die Preise für Mineralöl-erzeugnisse im Mai 2020 - im Durchschnitt - um 3,1 Prozent unter dem Niveau des

Vormonats. Der Preis für Bitumen ist sogar - aufgrund des (auch Corona-bedingten) Orderrückgangs im Straßenbau - um 6,8 Prozent zurückgegangen. Die Preise

für Metalle lagen - durchschnittlich - um 0,3 Prozent, der Preis für Betonstahl in Stäben um 1,2 Prozent unter dem Vormonatsniveau.

Fortsetzung von Seite 1 **Baukonjunkturpaket stärkt Verkehrsinvestitionen**

und mehr Personal eingestellt. Damit dieses gehalten und auch Kurzarbeit vermieden werden kann, hält Kretzschmar es deshalb für wichtig, nun eine fortlaufende Auslastung der vorhandenen Kapazitäten zu realisieren: "Die vom Bund hierfür bereitgestellten Mittel im Rahmen des Konjunkturpaketes sind für den Aus-

bau des Schienennetzes in Niedersachsen und Bremen abzurufen. Unsere Unternehmen stehen bereit, ihren Beitrag zum Ausbau des Verkehrswegenetzes Schiene zu leisten." Die Kompetenz der Mitgliedsbetriebe im Eisenbahnoberbau für den Planungs- und Bauprozess könne genutzt werden. Bauprojekte und Ausschreibun-

gen seien schneller als bisher an den Markt zu bringen. Die Eisenbahnoberbauer fordern, dass die Deutsche Bahn nicht auf Niedrigpreisbasis vergibt oder gar e-Auktionen unterhalb der Schwellenwerte einführt. Makko: "Wirtschaftliche Angebote und sparsame Mittelverwendung schließen sich nicht aus."



### Impressum

oeding print GmbH  
Erzberg 45  
38126 Braunschweig

Telefon 0531 48015-0  
Telefax 0531 48015-79

Verantwortlich:  
Jan Hetebrügge

Nachdruck, auch auszugsweise  
gestattet. Quellenangabe und  
Belegexemplare erbeten.